

**Zeitschrift:** Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur  
**Band:** 75 (1997)  
**Heft:** 3

**Artikel:** Solidarität mit wem?  
**Autor:** Goldstein, Branka  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-341345>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 15.10.2024

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# Solidarität mit wem?

«Proletarier aller Länder vereinigt Euch!» lautete die solidarische Kampfparole des Kommunistischen Manifests. Im Zuge des antiimperialistischen Befreiungskampf der Völker in der Dritten Welt wurde die Parole erweitert: «Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch!» Solidarität der Neuen Linken<sup>1</sup> nach 1968 meinte den Kampf gegen Faschismus und Imperialismus;

---

## Branka Goldstein

---

den Kampf für soziale Gerechtigkeit, Menschenrechte und gegen Diskriminierung, Armut, Unterdrückung und Ausbeutung aller Art. Solidarisch-Sein heisst die Verantwortung wahrnehmen, sich grundsätzlich und partnerschaftlich auf die Seite der Erniedrigten zu stellen, verbal und/oder durch materielle Unterstützung. Die Solidaritätsbewegung zeichnet sich durch Solidarität *mit* den Erniedrigten, Unterdrückten und Ausgebeuteten aus. Dies im Gegensatz zur humanitären und wohltätigen Hilfe *für*.

«Für diejenigen, die sie praktizieren und sich auf sie berufen, macht Solidarität einen Teil ihres Selbst aus. Im Zusammenstehen der Arbeiter, der Entrechteten, der Bedrängten ist Solidarität geschichtlich nicht nur Instrument und Waffe, sondern Wert geworden. Wird an ihren Wert nicht mehr geglaubt, dann taugt sie auch als Instrument nicht mehr.»<sup>2</sup> Die Zeiten ändern sich und mit ihnen auch die Solidarität.

<sup>1</sup> Als Linke/links bezeichne ich all jene, die sich selbst der Linken zuordnen, bzw. sich als links bekenne.

<sup>2</sup> Klaus Otto Hondrich, Claudia Koch-Arzberg: Solidarität in der modernen Gesellschaft, Frankfurt a. M. 1994.

## Entsolidarisierung

«Wenn der globale Kapitalismus in den hochentwickelten Ländern den Wertekern der Arbeitsgesellschaft auflöst, zerbricht ein historisches Bündnis zwischen Kapitalismus, Sozialstaat und Demokratie. Die Demokratie ist in Europa und den USA als «Arbeits-Demokratie» auf die Welt gekommen – in dem Sinne, dass politische Freiheit auf der Beteiligung an Erwerbsarbeit beruht.»<sup>3</sup>

Die Frauenemanzipation der letzten Jahrzehnte ist ein Ausdruck dieses historischen Bündnisses. Nur Frauen, die sich erfolgreich an der patriarchalen Ökonomie orientierten, ist der Durchbruch gelungen. Trotz politischer Unterschiede kämpfen erwerbstätige Frauen gemeinsam für die wirtschaftliche Gleichberechtigung. Die Gemeinsamkeit, sich von der geschlechtsspezifischen Diskriminierung zu befreien, ermöglicht Solidarität. Doch wo bleibt die Solidarität mit den nicht-erwerbstätigen Familienfrauen? Abgesehen von den Erziehungsgutschriften der AHV/IV-Renten bleibt ihre gesellschaftlich notwendige Arbeit, obwohl sie oft mehr an Kraft und Aufwand als Erwerbsarbeit verlangt, Gratisarbeit. Die sozio-ökonomische Stellung dieser Frauen (Leibeigene) passt eher ins Mittelalter als in die Moderne. Wen wundert es, dass Alleinerziehende und ihre Kinder einen sehr hohen Anteil der Armutsbetroffenen ausmachen. Daran änderten auch die wirtschaftlich und politisch erfolgreichen Frauen beschämend wenig! Im Gegenteil erfahren (ärmere) Familienfrauen Ungleichgültigkeit oder herablassende Belehrungen: statt Solidarität Ausgrenzung. Offen-

<sup>3</sup> Ulrich Beck (Hrsg.): Kinder der Freiheit, Frankfurt a. M. 1997.

sichtlich haben viele erfolgreiche Frauen die patriarchalen Werte von Leistung und Rivalität so verinnerlicht, dass sie für Familienfrauen kaum Verständnis aufbringen. Frauenemanzipation ist deshalb ein Beispiel für die fatale Entsolidarisierung innerhalb der Gesellschaft auf Kosten der wirtschaftlich Schwachen.

### **Solidarität mit wem?**

In der heutigen Gesellschaft, in der persönliche Freiheit, wirtschaftliche Unabhängigkeit und Individualismus propagiert wird und als selbstverständlich gilt, stellt sich die Frage der Solidarität und Verantwortung *radikal*: Solidarität mit den Armutsbetroffenen, den Randständigen? Solidarität mit und unter den «Tüchtigen», den gesellschaftlich Integrierten, mehr oder weniger Mächtigen, die alle angeblich nicht «können» weil sie «müssen»? Solidarität, damit sie nicht aus ihren selbstgewählten sozio-ökonomischen Bindungen mit (hohem) Sozialprestige herausfallen und dadurch ihre Privilegien, ihre Machtposition in Beruf und Politik verlieren? Solidarität mit den Zugehörigen des eigenen Kreises bewirkt, dass sie sich um die eigene Achse, die eigenen Interdependenzen dreht. Dazu nur ein Beispiel: Der VPOD und das öffentliche Personal kämpften erfolgreich um den Teuerungsausgleich. Die SozialbezüglerInnen, welche ihr Dasein auf dem Existenzminimum fristen, wurden jedoch in den Lohnkampf *nicht* mit einbezogen. Seit Jahren wird ihnen keinen Teuerungsausgleich mehr gewährt.

### **Solidarität grenzt aus**

Durch die Individualisierung der modernen Gesellschaft entsteht ein noch kaum bewusst wahrgenommener, *völlig fatales Phänomen*. Solidarität mit seinesgleichen grenzt zwingend andere aus. Ob-

wohl objektiv gleiche sozio-ökonomische Interessen durchaus vorhanden sind (etwa zwischen den Gewerkschaften und den Armutsbetroffenen). Durch dieses Phänomen ist es zu erklären, dass die Armutsbetroffenen in der Schweiz weitgehend aus dem politischen Bewusstsein der Linken und aus der Solidaritätsbewegung ausgeschlossen bleiben. Die Moderne hat es geschafft, das Instrument der Solidarität für die Erniedrigten zu zerstören. Diejenigen, die existenziell auf Solidarität in unserer Gesellschaft angewiesen sind, bleiben von ihr ausgeschlossen. Durch diesen politisch unbemerkten Ausgrenzungsprozess aus Bewusstsein und Solidarität ist vermutlich die historische Niederlage der Linken bei den Armutsbetroffenen zu begründen, welche dem Rechtspopulismus Tür und Tor öffnet.

### **Solidarität als soziale Verantwortung**

Die Ausgrenzung der Armutsbetroffenen aus der Solidarität und das Unverständnis der Linken für die soziale Not in der einheimischen Bevölkerung bereiten den Boden für rechtspopulistisches Gedankengut. Wer von den Linken oder Grünen hat sich wirksam und lautstark dafür eingesetzt, dass die höheren Umweltschutzkosten *unverzüglich* durch alle Sozialversicherungen und Fürsorgestellen den Betroffenen vergütet werden? Wer aber ärgert sich rot und grün, wenn die Zürcher SVP die Abfallgebühren abschaffen will? Jeder Rappen Mehrkosten stellt aber einen persönlichen Eingriff für SozialbezüglerInnen dar. Das «Sackgeld», das übrigens auch gestrichen werden kann, beträgt für eine erwachsene Person Fr. 5.- pro Tag. Demzufolge opfern SozialbezüglerInnen in Zürich beim Kauf einer 35-Liter Abfallsackrolle weit über *zwei* Sackgelder. Dies ist die Alltagsrealität. Freiheit lässt sich nur gewährleisten, wenn die Freiheitsrechte durch soziale Rechte ergänzt werden, damit tatsächli-

**Solidarität mit  
seinesgleichen  
grenzt zwingend  
andere aus.**

**Politische  
Verantwortung  
bedeutet  
Solidarität mit  
den Armuts-  
betroffenen**

che soziale Sicherheit und Selbstbestimmung für alle BürgerInnen möglich sind. Politische Verantwortung heisst Solidarität mit den Armutsbetroffenen und Kampf für eine menschenwürdige Lebensqualität. Dies ist der einzige mögliche demokratische Weg, um dem Rechtspopulismus, der Fremdenfeindlichkeit und schliesslich dem faschistoiden Gedankengut wirksam entgegenzutreten: *denn wer ausgegrenzt wird, grenzt selber aus!*

Was bleibt der verarmten schweizerischen Bevölkerung auch anderes übrig als der Schweizerpass? Viele fühlen sich zutiefst verletzt und bedroht. Sie sind Opfer der ökonomischen und politischen Macht der Stärkeren geworden oder waren es seit Generationen. In der verzweifelten Verunsicherung, verdammt zur Ohnmacht, werden Sündenböcke gesucht und gefunden. Die Abwehr gegen das Fremde wird zu faschistischer Verachtung und Angriffen auf Menschen. Auffallend ist denn auch die Zunahme von Antisemitismus und Rassismus bei gleichzeitiger Verarmung immer breiterer Kreise der Bevölkerung.

### **Sozialapartheid statt Solidarität?**

«Was in der politischen Diskussion des Sozialstaates nahezu völlig fehlt, ist die Einsicht, dass soziale Tüchtigkeit einerseits und soziale Bedürftigkeit andererseits nur zwei Seiten derselben Medaille sind. «Freie Bahn dem Tüchtigen» ist kein selbstverständlicher, gleichsam naturwüchsiger Zustand, sondern ein gesellschaftlich gemachter Wert. Eine Gesellschaft erzeugt mit Entfaltungschancen im gleichen Zuge auch Versagungen und Enttäuschungen. Marktchancen und Aufstiegsmöglichkeiten als soziale Konstrukte implizieren nicht nur hohe Einkommen, Prestige, Selbstentfaltung, sondern zugleich – und im Zusammenhang damit – relative Deprivation, sozialer Ab-

stieg, Zurücksetzung, Hilflosigkeit. In diesem Sinne sind die Tüchtigen und Geniessenden von den sozial Schwachen und Frustrierten abhängig.»<sup>4</sup>

Die Profitmaximierung setzt ihre Massstäbe bei den Leistungsfähigsten an, so dass an ihnen gemessen, die Leistungsschwächeren zu «Sozialfällen» bzw. IV-Fällen werden müssen. Diese Ausgrenzungsspirale dreht sich immer schneller und schleudert immer mehr Menschen an den Rand. Die Proletarier aller Länder und die unterdrückten Völker haben sich nicht vereint, um der Offensive des globalen Marktes, als solidarische, internationale Front siegreich zu begegnen. «Dieser neue Kolonialismus der transnationalen Unternehmen droht schamlos und brutaler zu werden als jemals zuvor. Er könnte mehr Menschen enteignen, verarmen lassen und ausgrenzen, mehr Kulturen zerstören und mehr ökologische Katastrophen verursachen als der Kolonialismus einst.»<sup>5</sup> Dies ist das entsetzliche Erbe aus der Niederlage des Klassen- und Befreiungskampfes aller fortschrittlichen Kräfte der Welt.

Durch ihre Verknappung ist das Sozialprestige und der Marktwert der Erwerbsarbeit nahezu ins Unermessliche gestiegen. Ein Heer von Erwerbsarbeitslosen steht den Erwerbstätigen gegenüber und wird gezielt zur Profitmaximierung eingesetzt. Die Werkstätigen müssen sich immer tiefer beugen – und sie beugen sich – aus Angst, in der Armut zu verkommen. Hand in Hand mit dem Lohndumping wird der Sozialstaat ausgehöhlt und demontiert. Die miserablen Fürsorgeleistungen spotten jeglicher Menschenwürde und werden mit den niedrigen Löhnen der unteren Einkommen begründet. Die Spaltung zwischen Erwerbstätigen und Erwerbslosen ist gelungen. Sie werden erfolgreich gegeneinander ausgespielt. Die Solidari-

<sup>4</sup> Hondrich, Koch-Arzber, a.a.O.

<sup>5</sup> E. Goldsmith, in: Le monde diplomatique, April 1996.

tät hat sich verabschiedet und damit ihr Terrain der Hoffnungslosigkeit, Verelendung, Kriminalität und Prostitution überlassen. Der Ruf nach Recht und Ordnung ertönt, und die Sozialapartheid ist im Anmarsch.

### **Solidarität schafft Menschenwürde**

«Hat die nordatlantische Zivilisation die ganze Welt ausgepowert, dann werden sich die Spuren der Verarmung auch auf ihren eignen Hinterhöfe finden lassen ... Es gibt auch eine «Dritte Welt» in der «Ersten Welt».<sup>6</sup>

Heute ist diese Aussage bittere Realität von ca. 1 Million Menschen in der Schweiz. Der Bittgang zu den Sozialämtern wird wenn möglich umgangen, denn die Richtlinien zur Bemessung der Sozialhilfe sind ein Willkürkonstrukt ohne Rechtsanspruch, das von meist unprofessionellen Machträgern willkürlich angewendet wird. Die Demütigungen verursachen nicht selten so grosse psychische Schäden, dass Integration kaum mehr möglich ist. Übereinstimmend erklären die SozialbezügerInnen, dass ein menschenwürdiges Leben mit diesen Almosen in keiner Weise gewährleistet wird. Um Sozialhilfe zu erlangen, müssen sie sich der Entrechtung und kontinuierlicher persönlicher Fremdbestimmung unterwerfen. Deshalb muss die Sozialhilfe so ausgebaut werden, dass sie nicht mehr mit einer solche Unterwerfung gekoppelt

<sup>6</sup> E. Lange: Einführung zur Pädagogik der Unterdrückten von P. Freire, 1971.

ist, indem statt ausgrenzenden Almosen massiv erhöhte Solidarbeiträge gewährt werden.

Die Richtlinien zur Bemessung der Sozialhilfe sind zur Zeit in Überarbeitung. Hier täte Solidarität Not, denn die Sozialhilfe wird in Grund- und Ergänzungsbedarf aufgesplittet. Der Grundbedarf unterschreitet dabei gar das betreibungsrechtliche Existenzminimum und der Ergänzungsbedarf kann bei sogenannter fehlender Kooperation willkürlich gestrichen werden. Während von Integration gesprochen wird, wird hier Ausgrenzung betrieben. Der tägliche Überlebenskampf schliesst nahezu sämtliche selbstverständliche Normalität aus, so dass die Kommunikation verstummt. Wer nicht verstanden wird, schweigt, zieht sich zurück. Die Schweigenden und Zurückgezogenen werden nicht wahrgenommen. Mit Nicht-Wahrgenommenen solidarisch zu sein, ist eine Herausforderung, doch auch die einzige Möglichkeit zur Annäherung. Die Armutsbetroffenen müssen als solidaritätswürdige Menschen von gleich zu gleich wahrgenommen werden. Durch diese Solidarität werden Bedingungen geschaffen, durch die sich Armutsbetroffene von Objekten zu Subjekten entwickeln können. Erst wenn Armutsbetroffene an Solidarität teilhaben und ihr Selbstbewusstsein aufbauen, entwickeln sie selbst solidarisches Verhalten.

Branka Goldstein ist parteiunabhängig und Initiantin und Koordinatorin der IG Sozialhilfe.